

Ä N D E R U N G S A N T R A G

<u>Bezug:</u>	DS VII/780 Erstellung einer Machbarkeitsstudie inklusive Abschluss einer Kooperationsvereinbarung für das Industriegebiet Buchholz/Lüderitz
<u>hier:</u>	Änderungsantrag
<u>Datum:</u>	03.11.2022
<u>Status:</u>	öffentlich

Beratungsfolge:

Finanzausschuss	08.11.2022
Ausschuss für Stadtentwicklung	09.11.2022
Haupt- und Personalausschuss	16.11.2022
Stadtrat	06.12.2022

Es wird folgender Änderungsantrag gestellt, der Beschlusstext soll wie folgt abgeändert / ersetzt werden:

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt, dass

- (1) kein Antrag auf Förderung einer Machbarkeitsstudie gestellt wird

und stattdessen

- (2) die Hansestadt Stendal sich ab sofort mit der strukturierten Umsetzung eines solchen Projektes zur tatsächlichen Schaffung eines Industriegebietes sich beschäftigt und alle notwendigen Schritte dazu einleitet
- (3) gemeinsam mit der EG Stadt Tangerhütte eine vertragliche Regelung trifft, welche die Umsetzung eines solchen Projektes zum Gegenstand hat
- (4) dafür Sorge trägt, dass die relevanten Flächen zukünftig nicht im REP und LEP als Vorrangflächen Wind oder dergleichen dargestellt werden

Die entstehenden Kosten sollen im Haushalt 2023 einfließen und in der mittelfristigen Finanzplanung der nächsten Jahre dargestellt werden.

Begründung:

Seit mehreren Jahren beschäftigt lediglich einzig ein Antrag auf Förderung einer Machbarkeitsstudie fortdauernd den Stadtrat der Hansestadt Stendal, dass eigentliche Vorhaben an sich, ist leider nicht in den Fokus gerückt.

Angesichts dieser Verfahrensweise ist nur schwerlich vorstellbar, dass ein solches Industriegebiet in einem zu überblickenden Zeitraum tatsächlich entsteht und die Hansestadt Stendal selbst mit fertiggestellter Autobahn den Anschluss an Wirtschaftszweige verliert und im Vergleich zu anderen Städten an der Autobahn, an Bedeutungslosigkeit trotz sanierter Innenstadtstraßen gewinnt.

Es muss ein Umdenken erfolgen, es muss zeitnah proaktiv, d.h. für die Umsetzung eines solchen Vorhabens eingetreten werden und nicht nur Zeit und Geld für Studien „verplempert“ werden.

Sowohl die in unserer Heimatstadt Stendal lebenden Bundestagsabgeordnete als auch die Landtagsmitglieder mögen für ein solches Projekt eintreten, „Türen öffnen“ und mithelfen, dass der Norden Sachsen-Anhaltes bei der **Umsetzung** derartigen Projekte unterstützt wird.

Ich bitte um Zustimmung.

Stendal, den 03.11.2022



Röhler / Fraktion FSS/BfS
Fraktionsvorsitzender